

Wöchentliches Anzeigen

für Teuchern

und Umgegend



Belegpreis: Die halbjährliche Fortpflanzung 20, Halbjahres 30 Pf.

Abnahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Teuchern 10, ist zulässig vorwärts 10 Uhr. Größere und sonstige Änderungen müssen am vorhergehenden Tage in unteueren Briefen sein.

Erhalten wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Belegpreis: durch meine Geschäftsstelle 1,75 RM. von meinen Seiten ins Geld gebracht 1,95 RM und durch den Briefträger 1,95 RM.

Belegpreise und monatliche Beiträge werden außer in der Geschäftsstelle, Teuchern 10, auch von meinen Seiten und allen Postämtern angenommen.

Anthelbes Verkündungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 93.

Sonnabend, den 9. August 1919.

58. Jahrgang.

Die letzte Woge.

Die neue deutsche Verfassung ist nach ihrer endgültigen Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar Reichsgesetz. Sie soll also auch von allen Deutschen geachtet und geehrt werden. Die Festlegung auf den amtlichen Gebäuden war eine äußere Form, es wird sich nun darum handeln, praktisch zu beweisen, ob das deutsche Volk sich in allen seinen Teilen dieser freies Verfassung, die die Arbeit als Ideal hinstellt, auch durch die Tat bekennt. Die Probe auf das Gempele muß jetzt geleistet werden in der großen Tagesfrage der Kohlenversorgung, die nicht durch Kommissionen und die Hoffnung auf einen milden Winter zu lösen ist. Kommissionen haben viele Jahre und Tag genug, aber große Dinge für das heilige Leben sind von ihnen nur wenig bisher berichtet worden. Der Kohlenmangel besteht heute schon, er wird verstärkt zur Not durch die Anforderungen der Entente. Es wird beraten, wie die Produktion verstärkt werden soll. Was soll da ein langes Beraten, wo der einfache Weg der Tat durch schlichte Arbeit klar vor uns liegt. Die Kohlenwirtschaftlichen sind zum großen Teil übermüdet, als daß man auch die Kohlennot bedenken merkt, und das kann sie, wenn kein böser Wille hindert, die Entente hat zugestanden, daß unter Umständen die Disposition des linken Rheinufers früher als in 15 Jahren enden kann und daß die Befreiungsbahnen für ihre Truppen, die Deutschland zu zahlen hat. 240 Millionen nicht überlegen sollen. Das ist der erste Stoffungsmaßstab für die Zukunft. Aber wichtiger ist, daß man in der Kohlenversorgung die Verantwortung nicht von seinen übertriebenen Forderungen in den Kohlen und in den Mühlsteinen abweist. Und daß die Behandlung der besetzten Gebiete nicht nur den Worten nach eine gerechte sein soll, daß die Verträge untereinander die Verbindlichkeit für eine Bekämpfung des Rheinlandes von Deutschland zu beeinflussen. Da wird von anderer Seite noch viel Energie aufgewendet werden müssen und noch mehr im Osten. Denn die „politische Welt“ geht nicht so sehr ruhig. Die Abschließung eines deutschen Flugzeuges wird als kein rückwärtiger Beweis der politischen Kultur verzeichnet werden.

In Weimar hat jetzt die Nationalversammlung mit der Fertigstellung der großen Steuerentwürfe begonnen. Das Geld, das sie verlangen, muß geschafft werden über die praktischen Maßnahmen. Die Kohlennot ist ein Nischenfenster werden sich erst bei der Fertigstellung der Einzelsteuern ergeben. Schließlich steht der Pflicht zum Steuerzahlen doch ein Recht zum Leben gegenüber. Wenn alles sich nach einem bestimmten Schema ordnen ließe, so wäre die Vermögensfrage nicht so groß und so verwickelt für das Volk geworden, wie es tatsächlich der Fall ist. Es geht um die Bekämpfung der Kohlennot, die Steuerentwürfe sind immer höherer Maßnahmen-Entscheidungen konzentriert. Sie verleiht sich mit ihren Änderungen ins Ungewisse, aber sind noch immer nicht dazu gekommen, für die Freilassung anderer Gefangenen einen verbindlichen Termin festzusetzen.

Die Schweiz, England, Amerika waren Schachfiguren von großen Arbeiterkreisen, während sich in Italien die Eisenbahner bereit erklärt haben, eine Stunde länger zu arbeiten, um die industrielle Arbeit zu fördern. Dieses Beispiel verdient gewiß Nachahmung, ob sie selbst in Italien kommen wird, ist allerdings etwas anderes. Auch dort ist das Streikfever größer, wie die Zeit zur Verfügung. Die Ratifizierung des Friedensvertrages in der französischen Kammer sollte nach Zeitungsmitteilungen beschlossen werden, aber abgesehen von Belgien merkt man noch nichts von Tatsachen. In Paris und in Rom stehen sehr lange Debatten zu erwarten, und in Washington hält der Senat an seiner Forderung nach Veränderung der Bestimmungen über den Völkerbund fest. England hat, wie i. Zt. mitgeteilt, bereits im Juli ratifiziert.

Ein Hauptereignis der Woche bildete der Zusammenbruch der Bolschewisten-Regierung in Budapest das von den rumänischen Truppen besetzt ist. Die Danksprüche der Magyaren haben sie als Verleurer begriffen, nachdem die ersten Kommunistenflüchtlinge entlassen waren. Andere, die nicht mehr entkommen konnten, sind abgetrieben.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Ein Verfahren gegen Wilhelm II. nach Ratifizierung. Im englischen Unterhaus lagte in Erwiderung einer Anfrage Bonar Law, die Alliierten hätten ihren Vorschlag über die Prozesse gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden sei.

Der Oberste Rat und die Berliner Konferenz.

Der Oberste Rat der Verbündeten hat bestimmt, daß die in Deutschland wehenden Geister der Militärmissionen der Berliner Konferenz schonunglos bekämpft werden. Die deutsche Regierung hat Oberbefehl über die deutschen Gebiete an Polen und die Alliierten übertragen wird.

Belgien besetzt Malmédy. Das belgische Ministerium des Auswärtigen hat ein Telegramm von Hoch erhalten, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmédy militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Die verzögerte Ratifikation. Meldungen aus Washington zufolge wird Wilson in Folge der ersten Lage, die durch die Streiks und die Lebensmittellieferung in den Vereinigten Staaten herbeigeführt ist, seine Bescheidensprüche für den Friedensvertrag und das französische Garantieschreiben zurückziehen. Das wird eine erhebliche Verzögerung der Ratifikation durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Der Friedensvertrag vor der italienischen Kammer. „Corriere della Sera“ berichtet aus Rom, daß die Ratifikation der Prüfung der Ratifikation des Verträge aller Betrages nach mehreren Sitzungen in langer Debatte der Ratifikation zugeführt habe. Die Ratifikation haben sich die Sozialisten der Ratifikation widersetzt, während zwei andere Deputierte Vorbehalte machten.

Der englische „Friedensfieber“.

Michaëlis, Hindenburg, Ludendorff und Helfferich gegen Erzherzog.

Der frühere Reichskanzler Dr. Michaëlis vertritt die Ansicht in Betreff des näheren Ausführens seiner Erklärung vom 2. Juli nach Erzherzog, mit den Vertretern der früheren Obersten Regierung und dem Staatsminister Dr. Helfferich in der Gemeinschaft mit diesen eine Darstellung zum Nachweise, daß England, entgegen der „unabhängigen“ Entschuldigungen des Reichsministers Erzherzog im Sommer 1917 zum Frieden nicht bereit war. Es heißt darin:

„Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingetragener oder erschwerter worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem negativen Ergebnis; es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umschriebenen Grundlage, die durch die Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entworfen, bei der britischen Regierung keine Aussicht auf Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der kardinal-Staatssekretär und der apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Foreign Office an den britischen Gesandten beim Kaiser eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.“

Michaëlis stellt auf Grund dieser Feststellung die gegen ihn, die oberste Regierung und Dr. Helfferich erhobenen Vorwürfe zurück und führt zuletzt mit den genannten Herren, die sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt gewesen, die Überzeugung aus, daß die Herbeiführung einer Überzeugung des früheren Staatssekretäres des Auswärtigen von sich imman, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, keine Darstellung befähigen würde.

Gegen die Kohlennot.

Die Kohlenkonferenz.

In der Besprechung, die, wie bereits gemeldet, unter Vorsitz des Reichskanzlerspräsidenten Bauer am Mittwoch in der Reichskanzlei zwischen Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien sowie einer Anzahl Vertreter der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion anging, so kommt künftig als entscheidender Faktor, die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe von 40 Millionen Tonnen Kohlen an die Entente zurück. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinblick auf das Einfuhr-Material

Die einschneidenden Einschränkungen unterlegen, es wird eine Kohlennot von großer Härte mit manchen unermesslichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Man hat in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus dem Kreise der Anwesenden wurden eine Fülle von Vorschlägen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung einer Vorlage wurde eine Kommission der Kohlenministerie eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers ihre Arbeit aufnimmt.

Das Dortmund wird berichtet: Durch den Reichsminister wurde festgestellt, daß keine Besserung in der Kohlenversorgung eingetreten ist. Nicht einmal die aufzufindende Arbeit geschweige die Einstellung für den Winter kann in Aussicht gestellt werden. Auf nachdrücklichste wird Förderung eingeleitet. Der Vorsitzende der Handelskammer beauftragt, daß in den wichtigsten Betrieben Kohlenräumung sind, und daß viele Holz zur Holzfeuerung zugeführt haben. Außerdem herrscht der empfindlichste Mangel, der das Vorkommen für den Winter gefährlich ist. Ein Ausgleichen der Förderleistung ist eine längere Arbeitszeit und Minderleistung erforderlich in der Ruhrgebiets 150 000 Arbeiter, deren altschöne Einteilung technisch unmöglich ist.

Altierte Maßnahmen zur Bekämpfung der Kohlennot in Europa.

Der Oberste Alliierte Rat in Paris hat eine Beratung abgehalten, wobei Hoover das Problem eingehend behandelte. Der Rat hat beschlossen, eine Kommission für sämtliche europäischen Staaten zu bilden. Dieser Kommission wird nicht nur die Verteilung der für Europa verfügbaren Kohlenvorräte obliegen, sondern sie soll auch Maßnahmen zur Förderung der Erzeugung treffen. Es wurde festgestellt, daß mehrere Gebiete in Frankreich, Belgien und Deutschland nicht genügend produzieren. Der Rat schloß weiter, die Einwanderung polnischer und tschechischer Arbeiter zu fördern, die in ihrem eigenen Lande wegen der Desorganisation der Industrie keine Arbeit finden und daher in den Bergwerken Beschäftigung befähigt werden können. Frankreich hat bestimmte Kohlenmengen in Belgien aufgeführt als Ergänzung der im Friedensabkommen mit Deutschland vorgesehenen Kohlenmengen, die Deutschland nach Festlegung des in dieser Frage zu treffenden Übereinstimmens zu liefern hat.

Erzherzog Josef ungarischer Regent.

Staatsrechtlich der Entente in Budapest.

Mittwoch um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidenten General Schöner, der Polizeieroberste Wolffenberg, der frühere Sekretär des Nationalrates, Dr. Fritz, und der generelle Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium, Franz Schöner, und forderten die über die Beratung fernameltlichen Minister anfangs nicht die Gesamtheit der Nation vertritt. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren. Die Ententeemission übertrug die oberste Kommando Erzherzog Joseph, der den generellen Sektionschef im Kriegsministerium, Stephan Friedrich, zum Ministerpräsidenten ernannte. Die Leitung des Ministeriums des Innern wurde General Tausch, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schöner betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Missionen der Ententeemacht hielten abends eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen gaben hervorragende Ergebnisse, wobei volles Einverständnis erzielt wurde. Es wird die Friedensmission, Clemenceau, und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratung sofort verständigt.

Rumänische Soldatenselbstverwaltung in Budapest.

Nach Wiener Meldungen aus Budapest begannen dort die planmäßigen Plünderungen der rumänischen Soldaten im Bereich mit dem Budapest der Straßenpöbel damit, daß wahllos die Plünderer anfallen überfallen wurden. Sodann drang man in die Kellern und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus dem Sommer-Monturdepot gestohlenen Gutes zählt nach Millionen. Im siebenbürgischen Bezirk wurden vier Zivilisten getötet. Gewalttätigkeiten werden auch aus den Nachbarländern gemeldet, wo die Rumänen die Soldaten, Bürger und Soldaten, wegrieben. Gleichzeitig setzte unter dem Einfluß der Rumänen eine reaktionäre Bewegung ein, infolge deren es zu Revolten gegen die Juden kam, wobei die in der sibirischen Mensa Academica befindlichen Studenten blutig geschlagen wurden. Auch aus Weingarten treffen heurührende Nachrichten über die Aufholzung der dortigen Bauern durch die Eszegerer Bewegung ein.

70 000 Rumänen in Budapest.

In den ursprünglich eingerichteten 30 000 Mann rumänischer Truppen kommen immer weitere Verstärkungen. Gegenwärtig stehen bereits an 70 000 Rumänen in und um Budapest. Die Wiener Ententevertreter haben den mit ihnen in Verbindung stehenden ungarischen Politikern nachdrücklich nachdrücklich

wenigstens alles ihm werde, um der rumanischen Besetzung jenen anderen Charakter als den einer Sicherheitsmaßregel zu nehmen. Die Ententevertreter hoffen, daß es dem jetzt in Wien aus der Schweiz eingeflohenen Grafen Andrássy gelingen wird, eine Einigung zwischen den Parteien in Ungarn herbeizuführen.

Die Expedition in Budapest.

Die ersten Truppenkontingente der Siegediner Regierung sind am Mittwoch unter den Klängen der alten ungarischen Nationalhymne mit Fahnen und Standarten in Budapest eingezogen. Die Hauptmacht soll am Sonntag in Budapest einrücken.

Amerika gegen Rumanien's Bedingungen.

Die amerikanische Regierung ist beim rumanischen Armeekommando wegen Zurückziehung der den Ungarn auferlegten Waffenstillstandsbedingungen eingeschritten und hat mit der Zifferierung aller Zufuhren nach Rumanien gedroht.

In der Kommission der vier Generale, die die Entente zur Durchföhrung des Waffenstillstandes und zu den Verhandlungen mit den Rumanen nach Budapest schickte, werden die Amerikaner eine führende Rolle spielen, da die Deffnung des Donauweges, sowie die Transporte großer Lebensmitteln aus dem Banat und den anderen fruchtbaren Gebieten des ehemaligen Eidungarns von größter Wichtigkeit für die Lösung des Ernährungsproblems sind und die Amerikaner in der gegenwärtigen Lage die führende Macht darstellen. Dieser wirtschaftliche Gesichtspunkt wird auch bei der Lösung der politischen Frage von großer Bedeutung sein.

Die Friedensmission des Prinzen von Parma.

In den „Hamburger Nachrichten“ erörtert der ehemalige deutsche Botschafter in Wien, Graf Eitel, die Frage, ob ein Verhandlungsreise möglich war, an der Hand der Stütze-Mission, deren Verlauf er als feststehende Tatsache bezeichnet. Er erklärt darüber:

Im Herbst 1918 sandte Kaiser Karl seinem Schwager, dem Prinzen Eitel von Parma, die Bitte, sich für die Abbrechung des Krieges einzusetzen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Prinz Eitel sandte die Ansuchen der französischen und englischen Regierung zu Kenntnis, Lord Balfour empfand diese als einen Versuch, England zur Weichung, hatte aber damit kein Glück. Prinz Eitel wollte sich nicht mit Entwürfen begnügen.

Im Mai erzielten die Brüder Eitel und Eder von Parma plötzlich in Wien, Wien, die Erlaubnis, die Entente, ob an einer allgemeinen Konferenz gedacht werden könne, in den Deutschland eingeschlossen würde, Louis Ferns Eitel sandte nicht mit einem Laizen Ja antwortend, erklärte aber, er habe keinen Grund, die Franzosen zu verneinen. Eitel machte dem deutschen Reichskanzler sofort Mitteilung. Eitel v. Parma ist kein unbedingtes Mitglied der Bedingungen nicht mitgebracht hatte, waren beide Staatsmänner der Meinung, daß man Bedingungen besser nicht erörtern, sondern nur anordnen sollte, die Mittelangelegenheiten zu einer Verständigung herbeiführen könnten, die Entente aber nicht in einen Akt einmischen dürfe.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte. Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Prinz Eitel sandte dem Kaiser ein Schreiben, in dem er die Bitte um eine Konferenz darlegte, die der Kaiser ablehnte.

Deutsche Nationalversammlung.

Deutsche Nationalversammlung. Weimar, 7. August.

Die Nationalversammlung nahm heute nachmittags 4,20 Uhr ihre Beratungen wieder auf. Zunächst wurde die Interpellation Dransfeld herr. Entlassung der Frauen bei der wirtschaftlichen Demobilisation zurückgestellt, da die Regierung erst später eine Erklärung hierüber abgeben wird.

Das Haus begann dann die zweite Beratung des Beschlusses einer außerordentlichen Kriegskongresse für 1919. Der Reichskanzler Dr. Brüning erklärte, daß der Reichsrat sich in Weimar in der deutschen Nationalversammlung eine führende Rolle übernehmen wolle, auf einen Zeitraum von der Geschäftsleitung der deutschen Nationalversammlung wird mitgeteilt, daß die Nationalversammlung in Weimar einberufen ist, und daher diese Beschlüsse unzulässig sind.

Kassel. Die Einbringung einer größeren Eisenbahn-Lösung steht bevor, wonach zahlreiche Umbauten als Kostensparmaßnahmen vorgesehen sind.

Verhandlungen über die Abkämpfung der Banknoten.

Berlin, 7. Aug. Die Verhandlungen, die das Reichsfinanzministerium mit führenden Bankfachmännern eingeleitet hat, um eine Form zu finden, in der die Banknotenabstempelung vor sich gehen könne, ohne daß dadurch dem Wirtschaftsebenen des Staates während der Zeit des Ueberganges allmähliche Schäden zugefügt wird, nehmen einen ziemlich raschen Verlauf, da man im Reichsfinanzministerium die Ansicht ist, daß man mit der Banknotenabstempelung nur, da man sie beschließen habe, nicht verzögern dürfe, wenn die Wirkung, die man sich von ihr versprochen hat, nicht verloren gehen soll. Der Zeitpunkt der Banknotenabstempelung steht noch nicht fest. Die Stempelung, da sie ein Verlöcher der Vermögensgabe ist, wird noch in diesem Jahre erfolgen.

Forderung der beschleunigten Ratifikation.

Der Ausschuss der französischen Senats hat sich mit allen gegen zwei Stimmen für die Ratifikation des Vertrags mit Deutschland ausgesprochen und einen Beschluß gefaßt, der den Ministerpräsidenten auffordert, die Ratifikation zu beschleunigen, damit die Demobilisierung ermöglicht werde. Die Verhandlungen sind in Paris abermals elf Mal zusammengekommen von den Syndikatsmitgliedern, um gegen die Ratifikation des Friedensvertrages in der Kammer zu demonstrieren.

Der englische Friedensführer eine historische Tatsache.

Weimar, 7. Aug. Von zuständiger Seite wird dem W. T. B. mitgeteilt, daß der englische Friedensführer vom August 1917, der noch vor wenigen Tagen der jüngere Reichskanzler Michaelis im einem offenen Briefe an die Presse ausdrücklich als „Friedensführer“ bezeichnet hat, wird auf Grund einer langen Auseinandersetzung der deutschen Reichstagespresse nunmehr einfach wegzuklagen versucht. Alle diese Verdächtigungen werden scheitern.

Der englische Friedensführer ist eine historische Tatsache. Er stand aus einer mit ausbreitender Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichlich in Anspruch genommen, nach dem deutschen Reichstag in London, in dem er einmündigen Erklärung über Belgien. „Sei diese Erklärung verbindlich“, so heißt es in dem Schreiben des Nuntius Pacelli an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, „so meint meine Meinung (der Kardinal-Staatssekretär), daß ein bedeutender Schritt zur weiteren Entfaltung der Verhandlungen gemacht werde.“ Und der Nuntius sagt feierlich hinzu, daß „mit einer verbindlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtert wird.“

Kein Parteimember wird imstande sein, über den Wortlaut dieses in dem aussergewöhnlich in Zweck der Friedensvermittlung geschriebenen und überreichen amtlichen Schriftstückes einer neutralen Macht hinwegzudenken, und seine Propaganda mit der Tatsache aus der Welt schaffen können, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der Obersten Herrschaft und der hinter ihr stehenden alldeutschen Kreise eine Erklärung über Belgien nicht abgegeben und dadurch eine Friedensmöglichkeit verfehlt hat.

Nicht höhere Löhne, sondern Hebung des Geldmarktes.

Die die „Times“ aus Newport melden, haben die Eisenbahnverleiher öffentlich erklärt, daß die Schwierigkeiten der Arbeiterschaft nicht durch höhere Löhne aus der Welt geschafft werden können. Ausdrücklich wird gesagt: Wir sehen ein, daß uns der Kampf für höhere Löhne keinen direkten Sieg bringen kann. Denn nicht auf das Geld, sondern auf den Wert des Geldes kommt es an. Die Verleiher erklären, daß, wenn der Beschäftigte zur Kapitalverwaltung angemessen würde, die Transportkosten gemindert werden und der erste Schritt zu einem niedrigeren Lebensstand getan sei.

Dortdauer der Verhandlungen im Kantbezirk.

Berlin, 7. Aug. Im Kantbezirk ist auch heute keine Veränderung eingetreten. Die Verhandlungen dauern fort. Es ist noch nicht abzusehen, wann die Arbeit wieder aufgenommen werden kann.

Aus unterrichteter Quelle hören wir, daß etwa ein Viertel der gesamten Salzwörter vom Streik der Salzwörter ergriffen ist. Auf einzelnen Werken haben die Beschäftigten die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Nach einer Meldung soll der Beschäftigtenarbeiter in Halle als Streikleitung von der Regierung für Freitag, den 8. August, zu Verhandlungen nach Weimar eingeladen worden sein.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 6. August 1919. — (Kritikheim.) Wie wohl schon aus dem Angebotsentwurf der hiesigen Zeitung ersichtlich, findet am kommenden Sonntag, den 10. S. 19., im Kantbezirk zum „Lohn“ und zum „Guten Baum“, zum Besten unserer Kriegsgelungenen Theater und Ball statt. Wir wollen es nicht unterlassen,

auch an dieser Stelle noch einmal darauf hinzuweisen. Es kann dieses nicht oft genug gesagt werden: sieht man doch allenthalben, wie wenig Verständnis auf dieser ganzen Sache entgegengebracht wird. Denkt niemand von den Eltern oder Brüdern daran, wie leicht auch ihre Söhne oder Männer oder gar von den Kameraden, welche mit denen, die noch jetzt nach ca. 9 monatlichem Streikenden, in Gefangenschaft schmachten müssen, Freud und Leid teilen, daselbst Schicksal hätte erleiden können? Seit einigen Tagen ist mit dem Vorwurfs der Eintrittekosten begonnen worden, womit auch gleichzeitig eine Sammlung verbunden ist. Leider ist auch dieses Mal der Erfolg weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Nur wenige haben, nach den Zeichnungen, den Sinn der guten Sache erkannt, deren schönsten Dank wohl das Bewußtsein ist, eine gute Sache unterstützt zu haben. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der Erfolg nur den hiesigen Gefangenen zu Gute kommt, die Befürchtung, daß das Geld in unredliche Hände gelangen könnte, also völlig ausgeschlossen ist. Wir bitten deshalb noch einmal alle Einwohner von Leipzig und Umgebung sich am Sonntag gewissheit einzufinden.

Ein gutes Gelingen? Im Gegensatz zu den letzten Jahren scheint es, als ob die Feldjagd ungewöhnlich gut zu werden verspricht. Auffallend viele Jungvögel machen sich in vielen Gegenden in diesem Sommer in Feld und Wald bemerkbar.

50 Millionen Mark zur Unterföhrung des Wohnungsbaues. Wie die Parl. pol. Nachrichten an zuständiger Stelle erfahren, hat die preussische Staatsregierung den Antrag des Ministers für Volkswirtschaft auf Unterföhrung einer zweiten Rate von 50 Millionen Mark zur Unterföhrung des Wohnungsbaues und zur Wiederbelebung der Neubauindustrie genehmigt.

Schweinfurt, 7. August. Durch einen Schuß getötet wurde der Nacht auf Dienstag der Bergarbeiter Heinrich Ludwig aus Weiching, als er um 2 Uhr seine Schicht auf Grube Neuzschiff beendet und in Begleitung von Kameraden den Heimweg angetreten hatte, einen Weg, den die Männer beim Gehen täglich machten. In der Nähe der Hegerlei des Mittelweges kamen freudig zwei Wege. Aus dem den stehenden Arbeiter gegenüber liegenden Wege befand sich eine fünf Mann starke Patrouille der zum Gefolge des Bezirks-Bezirkskommandos gehörigen Jäger. Der Patrouille in Führung stand ein 6 Meter Gatterer, allerdings bei ziemlicher Dunkelheit. Er sah den ersten der hinterinander gehenden Männer und hatte angefangen den Einbruch, daß dieser Mann aus dem vor ihm liegenden Nebel kommen. Als er dann die Gestalten der übrigen hintergehenden Männer gesehen habe, soll der Jäger, der das Vorhandensein des Weges angeht nicht gekannt hat, angenommen haben, die Männer kämen aus der Patrouille zu. Er rief dreimal laut hinterher: „Halt“, und es zu den dritten Schuß herbeibrachte, geben die Jäger zusammen die Schäfte in der Richtung auf die Heranwachsenden ab. Wohl infolge ihrer Unvorsichtigkeit hatten diese die Patrouille nicht gehört und legten sich auf die Schäfte hin sofort zu Boden. Der Arbeiter Ludwig rief: „Halt, ich bin gefolgt.“ Die Patrouille zog sich dann zurück. Soweit der objektive Tatbestand. Jedoch muß festgestellt werden, daß keiner der Arbeiter sich an fremden Feldarbeiten beteiligen hat. Der Schwere verletzte wurde der Staatsanwaltschaft berichtet. Der Verlorene hat den ganzen Krieg mitgemacht und hinterläßt eine Witwe und drei Kinder. Er erzieht sich allgemeiner Beschäftigung.

Heute morgen 10 Uhr finden in Weiching sein Landrats Verhandlungen über die Wiedereröffnung der anlässlich des Vorfalls auf der Grube Neuzschiff niedergelegten Arbeit statt.

Würgel, 6. August. Der Stadgemeindevorstand und der Arbeiterrat zu Würgel erlassen folgende Bekanntmachung: Um endlich der Preisstreiterei mit Tabak und Zigaretten, vor allem aber Zigaretten entgegenzutreten, weisen wir die Interessierten darauf hin, daß wir von den Lieferanten der Zigaretten Preisnachfragen halten und dann übermäßig fordernde Geschäfte unannehmlich zur Rechtschaffen ziehen werden.

Naumburg, 6. Aug. Mehrere hundert Studenten haben sich hier bei dem Bureau des Dr. Schiele zum nationalen Entschloß gemeldet, um in Gruppen von 15 bis 20 Mann den Landwirten in der Provinz Sachsen und in den angrenzenden Gebieten Erntehilfe zu leisten.

Aus dem Elstertal, 6. Aug. Die Wintergerste ist hier fast eingebracht. Der Roggenstamm hat angelegt und wird gutes Ertragnis bringen. Besonders schön und ergiebig wird die Weizenerte ausfallen. Die Ähren sind mehr als reif und bringen feste Ertragsnisse, so daß man hier überall auf Volkernte rechnen kann. Das Stroh ist auch vollig ab und gute Gerste und Hafer bieten gute Auslagen. Die niedrige Ernte brachte gute Ertragsnisse, die auch den Kartoffeln sehr zuzusetzen gekommen sind. Auch die Mähen haben sich sehr gut entwickelt. Leider sieht das Gemälde nicht besonders günstig, überall wird über den geringen Ertragsleistung geklagt. Momentell ist fast ganz ausgefallen und gutem Teil auch sehr oder fast ganz ausgefallen und gutem Teil auch sehr oder fast ganz ausgefallen. Die Ernte war gut, und es steht wohl auch eine gute Sommerernte zu erwarten.

Weißau, 7. Aug. Am Sonntag verschied im Naumburger Krankenhaus der schwer verletzte Arbeiter Karl Müller, während von den übrigen bei der Explosion im Munitionslager Weißau verletzten Arbeiter noch zwei schwer darnieder liegen, hingegen die zwei leichter Verwundeten sich auf dem Wege der Besserung befinden.

Halle, 6. Aug. Der Einbrecher Schütz, ein alter Juchthändler, der vor zwei Jahren aus dem Zuchthaus Weiching entlassen ist, und auch in der Provinz Sachsen zahlreiche Diebstähle und Raubtaten vollzogen, wurde von der Halleischen Strafammer zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Schütz ist auch der Ermordung des Jagdwebers Weber bei Köhlitz verdächtig, indes konnte dafür der Beweis nicht erbracht werden.

Ergänzung der landwirtschaftlichen Arbeitslöhne, gemäß den Tarifverträgen vom 29. April 1919 Kreis Weissenfels, 7. Mai 1919 Kreis Zeitz und 17. Juni 1919 Kreis Naumburg.

Teuchern, den 2. August 1919.
Die landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften der Kreise Zeitz-Weissenfels-Naumburg mit der Gewerkschaft Gumburg haben in der heutigen Sitzung beschlossen, den Arbeitnehmern auf den Beschlüssen, wie er in den Tarifverträgen festgelegt ist, eine Zulage von 10% in Worten: Zehn Prozent, auf die Zeit vom 1. August 1919 bis 31. März 1920 zu gewähren. Alle Beteiligten sind darüber einig, daß weitere Forderungen seitens der Arbeitnehmer während der Vertragsdauer nicht mehr gestellt werden dürfen.

Die Höchstanzahl der Arbeitszeit beträgt 10 Stunden mit Ausnahme von 6 Wochen in der Streikperiode, während welcher 11 Stunden gearbeitet werden muß. Die elfte Stunde gilt nicht als Überstunde und wird mit dem gewöhnlichen Stundenlohn bezahlt.

B. S. u.

- | | |
|-----------------|----------------|
| ges. Ehrlicher, | ges. Carlsson, |
| „ Ernst Lang, | „ Reinhardt, |
| „ C. Helm, | „ Boltz, |
| „ Ocht, | „ Dyaun, |
| „ Max Müller, | „ Sommer, |
| „ Meißner, | „ Proßig, |
| „ Schroeder, | „ Schmalz, |
| „ Schneider, | |

Für den Deutschen Landarbeiter-Verband:

ges. Carl Müller ges. Paul Saube.

Vorstehende Ergänzung der landwirtschaftlichen Arbeitslöhne wird hiermit veröffentlicht, Abdrucke stehen in der Expedition des Weissenfels'er Tageblattes zur Verfügung.

Weissenfels, den 7. August 1919.

Der Landrat. J. B. Jöhler, Kreissekretär.

Das Befahren der Bürgersteige, einschließlich des nach dem Bahnhofs mit vielen Kosten aus gepflasterten Fußweges, mit Handwagen und Karren wird hiermit verboten. Zuwiderhandeln wird streng bestraft.
Teuchern, den 7. August 1919.

Die Polizeiverwaltung. J. S. Hininger, Polizeioberwachtmeister.

Flammenverkauf.

Der diesjährige Flammenverkauf der Gemeinde Seydlitz soll Montag, den 11. August abends 7 1/2 Uhr im Arnold'schen Gasthofe öffentlich meistbietend verkauft werden. Bedingungen werden im Termine bekannt gegeben.

Der Gemeindevorsteher.

Achtung!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten
Ortsgruppe Teuchern.

Sonnabend, den 9. August abends 7 1/2 Uhr findet im großen Saal eine außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Der Vorstand.

Der werten Einwohnerschaft zur Kenntnis, dass ich
Oberstr. 7 ein
Obst-, Gemüse- u. Delikatessengeschäft
eröffnet habe.
Albert Bärthel.

Neue Salzheringe

empfiehlt **R. Näther.**

Frischen Schellfisch

empfiehlt **Ferd. Gresse.**

Durch neue gestrichen eingetroffene Sendung
vorzüglicher

Rheinweine

habe ich mein Lager wieder aufgefüllt und empfehle:
1917er Oppenheimer Berg, naturrein,
1917er Riersteiner Domtal, „
1917er Liebfraunmilch, „
Ferner habe ich noch anzubieten:
Durkheimer Feuerberg,
Oppenheimer Rotwein (Burgunder),
Cognac. **R. Näther.**

Sportplatz.

Sonntag, den 10. August nachm. 1 1/2 Uhr

Fussball-Wettspiel

Sportklub Weissenfels III gegen
Sportvereinigung Teuchern II
nachm. 3 1/2 Uhr.
Sportklub Weissenfels II gegen
Sportvereinigung Teuchern I.

Dr. Blümel

Halle 8. Magdeburgerstr. 47.
Facharzt für Hals, Nase, Lunge

von der Reise zurück

Ein goldener

Manichettenknopf

am Sonntag, den 2. August in Ober- oder Unterwerischen verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, denselben gegen Belohnung in der Expedition dieses Blattes abzugeben.



Schützenverein

Sonntag von Nachm. 1/3 Uhr
Schiessen
auf langem Stand.

Sanitäts-Kolonne vom Roten Kreuz.

Sonntag abends 8 Uhr
Versammlung
im Vereinslokal.

Beamtenvereinerung
Teuchern u. Lug.

Sitzung des Beamtenausschusses
Sonnabend, den 9. Aug., 8 Uhr a bds.
Berthold's Restaurant.
Der Vorstand.

Wir gratulieren unserm Jugend-
Freunde **Walter Poley**
zu seinem 18. Geburtstag.

Es ist bios wegen dem

Zum guten Tropfen.

Sonnabend, d. 9. August
Raninchen-Auskegeln
u. Einweihung neuer
Regel.

Freundlichst ladet ein
Frau Bornschein.

Teuchern Schützenplatz
(Gemütliche Ecke)

W. Billes Kunst-Figuren
Theater.
Freitag, d. 8. August

Die Bergmannsbrant
6 Akte

Sonnabend, d. 9. August
Vaterfluch.
oder die Flucht nach Tyrol
5 Akte.

Sonntag, d. 10. August
Der falsche Freund
oder in Gefangenschaft.

Auffspiel in 4 Akten nebst einem
Vorspiel.
Nachmittags 3 Uhr.

Schneewittchen
und die 7 Zwerge
in 7 Akten.

Es ladet freundlichst ein **W. Bille.**
Achtung!
Heute, morgen und Sonntag
großes

Schaukel-

Vergnügen

auf dem Schützenplatz.
Es ladet herzlichst ein
Der Besitzer.

Ober-Werschen
Zum
Bogelschießen

Sonntag, den 10. August
verbunden mit
Enten-Auskegeln.

Ladet ergebenst ein
H. Bohns.

Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.
Ortsgruppe Teuchern.
Zum Besten unserer demnächst heimkehrenden Gefangenen findet am
Sonntag den 10. August
im Gasthof zum Löwen
von nachm. 4 Uhr **Ball** von abends 7 Uhr **Theater**
letzteres ausgeführt vom V. V. „Fidelio“ Teuchern.
im Gasthof zum grünen Baum
von nachm. 4 Uhr **Ball** und abends 8 Uhr **Theater**
statt. Der Reinertrag bleibt zu Gunsten unserer Kriegs- und Zivilgefangenen im Orte.
Die umliegenden Ortschaften gehören der Ortsgruppe Teuchern an.
In Anbetracht dieses guten Hilfswerkes, bitten wir um recht zahlreichen Besuch.
Der Vorstand.

Einladung
zum
PRAEMIEN - SCHIESSEN
in Teuchern
Sonntag u. Montag den 31. August
und 1. September.
Sonntag von 4-6 **Unterhaltungsmusik**
von 7-12 **Ball**
Montag von 6-12 **Ball.**
Um gütigen Besuch bittet **der Schützenverein.**

Voranzeige!
Nach 5-jähriger Pause hält der Krieger- und Militär-Verein am
Sonnabend, d. 16. August im Gasthof zum „Norddeutschen Hof“ sein
Sommer-Vergnügen
ab. Freunde u. Gönner des Vereins werden herzlichst eingeladen
Krieger- und Militärverein Teuchern.

Gasthof Runthal.
Zu dem am Sonntag, den 10. August von nachm. 1/2 tag 4 Uhr
an stattfindenden
BALL
ladet freundlichst ein
Gustav Schmidt, Gastwirt.
Sonnabend, den 9. August
Hähnchen-Auskegeln.

Lichtspiele „Weiße Wand“
Sonnabend, d. 9. und Sonntag, d. 10. August
So fallen die Lose des Lebens.
Die ergreifende Tragödie eines jungen Mädchens in 4 Akten.
Die Testamentsklausel
Auffspiel in 3 Akten.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
W. HÜHN.
Teuchern.

Als Vermählte grüssen
Ewald Fischer
und Frau **Martha**
geb. Herrmann.
Teuchern, im August 1919.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten anlässlich
unserer
VERLOBUNG
sagen wir, zugleich im Namen der Eltern, unsern herzlichsten
Dank.
Friedel Müller Albin Schwabe.
Teuchern. Gröben.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Beyerling Teuchern.



Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abgabeort: Die Hauptpostamt Poststraße 29, Neukamelle 30 Bf.

Abgabetermin: In der Geschäftsstelle dieses Blattes, Poststraße 10, Teuchern, samstags 10 Uhr. Größere und sonstige Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unserer Expedition sein.

Abgabezeit: wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Abgabeort: durch unsere Geschäftsstelle 1,75 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,95 RM und durch den Briefträger 1,95 RM.

Abgabezeit: wöchentlich 8 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Amtesliches Verkündungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 93.

Sonabend, den 9. August 1919.

58. Jahrgang.

Die letzte Woge.

Die neue deutsche Verfassung ist nach ihrer endgültigen Annahme durch die Nationalversammlung in Weimar Reichsgesetz. Sie soll also auch von allen Deutschen geachtet und geehrt werden. Die Fragestellung auf den amtlichen Gebäuden war eine äußere Form, es wird sich um darum handeln, praktisch zu bewahren, ob das deutsche Volk sich in allen seinen Teilen zu dieser freies Verfassung, die die Arbeit als Ideal hinstellt, auch durch die Tat bekennt. Die Probe auf das Exempel muß jetzt geleistet werden in der großen Tagesfrage der Kohlenversorgung, die nicht durch Kommissionen und die Hoffnung auf einen milden Winter zu lösen ist. Kommissionen haben viele seit Jahr und Tag genug, aber große Dinge für das deutsche Leben sind von ihnen nur wenig bisher berichtet worden. Der Kohlenmangel besteht heute schon, er wird verstärkt zur Not durch die Anforderungen der Entente. Es wird bezagen, wie die Produktion verstärkt werden soll. Was soll da ein langes Bezairen, wo der einfache Weg der Tat durch schlichte Arbeit klar vor uns liegt. Die Entschwerdung ist und zum großen Teil überwindlich, als muß auch die Kohlennot behoben werden, und das kann sie, wenn kein böser Wille hindert. Die Entente hat zugestanden, daß unter Umständen die Produktion des linken Rheinufers früher als in 15 Jahren enden kann und daß die Besatzungstruppen für ihre Truppen, die Deutschland zu zahlen hat. 240 Millionen nicht überlegen sollen. Das ist der erste Sofortschritt für die Zukunft. Aber wichtiger ist, daß man in Deutschland, wo die Besatzungstruppen von seinen übertriebenen Forderungen in den Kohlen und in den Müllsteinen absteht. Und daß die Behandlung der besetzten Gebiete nicht nur den Worten nach eine gerechte sein soll, daß die Verträge unterbleiben die Bevölkerung für eine Verlobung des Rheinlandes von Deutschland zu beeinflussen. Da wird von jeder Seite noch viel Energie aufgewendet werden müssen und noch mehr im Osten. Denn die „polnische Beute“ äußert sich sehr rauch. Die Abschließung eines deutschen Flugzeuges wird als sein völkischer Beweis der polnischen Kultur bezeichnet werden.

In Weimar hat jetzt die Nationalversammlung mit der Feststellung der großen Steuerentwürfe begonnen. Das Geld, das sie verlangen, muß geschafft werden über die praktischen technischen Möglichkeiten dieses Niederenergiebereichs werden sich erst bei der Feststellung der Einzelheiten ergeben. Schließlich steht der Pflicht zum Steuerzahler doch ein Recht zum Leben gegenüber. Wenn alles sich nach einem bestimmten Schema ordnen ließe, so wäre die Vermögenssicht nie so groß und die Steuerpflicht für das Reich geworden, wie es tatsächlich der Fall ist. Dazu kommt, daß die Besatzungstruppen in der Steuerprojekte die Franzosen mit immer höheren Mißtrauen-Entscheidungen konfrontieren läßt. Sie verlangen sich mit ihren Anforderungen ins Ungemessene, aber sind auch immer nicht dazu gekommen, für die Freisetzung anderer Gefangenen einen bindenden Termin festzusetzen. In der Schweiz, England, Amerika waren Beispiele von großen Arbeiterstreiks, während sich in Italien die Eisenbahnarbeiter bereit erklärt haben, eine Stunde länger zu arbeiten, um die industrielle Arbeit zu fördern. Dieses Beispiel verdient gewiß Nachahmung, ob sie selbst in Italien kommen wird, ist allerdings etwas anderes. Auch dort ist das Streikrecht gewährt, wie die Zeit zur Tätigkeit. Die Nationalisierung des Friedensvertrages im feindlichen Ansehen sollte nach Zeitungsmedien genehmigt werden, aber abgesehen von Belgien merkt man noch nichts von Entschlossenheit. In Paris und in Rom stehen sehr lange Debatten zu erwarten, und in Washington hält der Senat an seiner Forderung nach Veränderung der Bestimmungen über den Balfour-Bund. England hat, wie i. Bt. mitgeteilt, bereits im Juli einseitig.

Ein Hauptereignis der Woche bildete der Zusammenbruch der Bolschewisten-Regierung in Rußland. Das von den rumänischen Truppen besetzt ist. Die russische Regierung haben sie als Verräter begriffen, nachdem die ersten Kommunisten entlassen waren. Andere, die nicht mehr entkommen konnten, sind abgestürzt.

Zur Ausführung des Friedensvertrages.

Ein Verfahren gegen Wilhelm II. nach Washington. Im englischen Unterhaus sagte in Erinnerung einer Anfrage Donar Law, die Alliierten hätten ihren Vorschlag betr. des Prozesses gegen den früheren Kaiser in London nicht geändert, doch könne kein Verfahren eingeleitet werden, bevor der Friedensvertrag ratifiziert worden ist.

Der Oberste Rat und die Berliner Konferenz.

Der Oberste Rat der Verbündeten hat bestimmt, daß die in Deutschland wohnenden Geiseln der Alliierten von der Berliner Konferenz befreit werden sollen, in der die deutsche Regierung ihre Oberhoheit über die östlichen Gebiete an Polen und die Alliierten übergeben wird.

Belgien befiehlt Malmédy. Das belgische Ministerium des Auswärtigen hat ein Telegramm von Geob erhalten, worin Belgien einladen wird, das Gebiet von Malmédy militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Die verzögerte Ratifikation.

Meldungen aus Washington zufolge wird Wilson zufolge der ersten Lage, die durch die Streiks und die Lebensmittellieferung in den Vereinigten Staaten herangezogen ist, keine Probandareile für den Friedensvertrag und das französische Garantieabkommen verabschieden. Das wird eine erhebliche Verzögerung der Ratifikation durch die Vereinigten Staaten nach sich ziehen.

Der Friedensvertrag vor der italienischen Kammer. „Corriere della Sera“ berichtet aus Rom, daß die Kommission für die Prüfung der Ratifikation des Versailler Vertrages nach mehreren Sitzungen in langer Debatte der Ratifikation zugestimmt habe. Der Kommission haben sich die Sozialisten der Ratifikation widersetzt, während zwei andere Deputierte Vorbehalte machten.

Der englische „Friedensfieber“.



In der Besprechung, die, wie bereits gemeldet, unter Vorsitz des Reichsministerpräsidenten Bauer am Mittwoch in der Reichstagskammer zwischen Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien sowie einer Anzahl Vertretern der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Steinkohlenproduktion stattfand, wurde von jamaikanischen Seiten auf den Ernst der Lage hingewiesen.

Der Eisenbahnminister über die drohende Kohlenkatastrophe.

Starke Eindruck machten insbesondere die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Er betonte, daß schon jetzt durch den großen Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die sich zunehmend verschärfen habe und drohe, das Wirtschaftsleben und die Industrie lahmzulegen. Die Eisenbahn habe im Durchschnitt nur noch Vorräte für acht bis vierzehn Tage; es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Besondereverkehr durch einu-schränken. Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor, die durch den Friedensvertrag folgende Abgabe von 40 Millionen Tonnen Kohlen an die Entente-Länder hinzu. Der kommende Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in Hinblick auf das Einfuhrmaterial die einschneidendsten Einschränkungen unterliegen, er wird eine Kohlennot von großer Härte mit manchen unermesslichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen.

Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Auch dem Rechte der Rumänen wurden eine Fülle von Anreizen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung einer Vor schläge wurde eine

Kommission

zur Arbeitgeben und Arbeitnehmern der Kohlenindustrie eingesetzt, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers ihre Arbeit aufnimmt.

Das Dortmund wird berichtet: Durch den Reichskommission für die Kohlenversorgung in der Kohlenversorgung eingetreten ist. Nicht einmal die laufende Bedarfs geschweige die Einstellung für den Winter kann in Aussicht gestellt werden. Auf nachdrücklich wird Förderungsgewährung gefordert. Der Vorsitzende der Handelskammer beklagt, daß in den meisten Betrieben Kohlenvorräte sind, und daß viele schon zur Holzfeuerung gezwungen haben. Außerdem beklagt der empfindliche Mangel, der das Allerschlimmste für den Winter sein dürfte. Ein Ausweis der Förderausfälle in Folge kürzere Arbeitszeit und Winderzeugung erfordert in der Ruhrgegend 150 000 Arbeiter, deren altschwere Einstellung technisch unmöglich ist.

Militäre Maßnahmen zur Freisetzung der Steinkohlen in Europa.

Der Oberste Alliierte Rat in Paris hat eine Beratung abgehalten, wobei Hoover das Problem eingehend behandelte. Der Rat hat beschlossen, eine Kommission für sämtliche europäischen Staaten zu bilden. Dieser Kommission wird nicht nur die Verteilung der für Europa verfügbaren Kohlenvorräte obliegen, sondern sie soll auch Maßnahmen zur Hebung der Erzeugung treffen. Es wurde festgestellt, daß mehrere Gebiete in Frankreich, Belgien und Deutschland nicht genügend produzieren. Der Rat schloß weiter, die Einwanderung polnischer und tschechischer Arbeiter zu fördern, die in ihrem eigenen Lande wegen der Desorganisation der Industrie keine Arbeit finden und daher in den besetzten Westeuropas beschäftigt werden können. Frankreich hat bestimmte Kohlenmengen in Westfalen auf gekauft als Ergänzung der im Friedensabkommen mit Deutschland ohnehin vorgesehenen Kohlenmengen, die Deutschland nach Befriedigung des in dieser Frage zu treffenden Liefervertrages zu liefern hat.

Erzherzog Josef ungarischer Regent.

Staatsrecht der Entente in Budapest. Mittwoch um 7 Uhr abends erschienen im Ministerpräsidenten General Schöner, der Polizeioberinspektor Wolfenberg, der frühere Sekretär des Nationalrats, Dr. Fris, und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium, Franz Seilery, und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf abzusprechen, mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Gesamtheit der Nation vertritt. Nach einer kurzen Beratung beschloß die Regierung zu demissionieren.

Die Entente-Mission übertrug die oberste Gewalt Erzherzog Joseph, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium, Stephan Friedrich, zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Ministeriums des Äußeren wurde General Tausch, mit der Leitung des Kriegsministeriums General Schöner betraut. In der Stadt herrscht Ruhe.

Die Missionen der Entente-Mächte hielten auch eine gemeinsame Beratung ab, zu welcher auch Erzherzog Joseph und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratungen galten insbesondere dem, wobei volles Einverständnis erzielt wurde. Der Präsident der Friedensmission, Clemenceau, und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratung sofort verständigt.

Rumänische Erdendensherhaft in Budapest.

Nach Wiener Meldungen aus Budapest begannen dort die planmäßigen Wanderungen der rumänischen Soldaten im Verein mit dem Budapest'sten Straßenspöbel damit, daß in der Straße Bürger und Kaufleute überfallen wurden. Sodann drang man in die Kaffeehäuser und raubte sie vollständig aus. Der Wert des aus dem Sonntag-Monturdepot gestohlenen Goldes zählt nach Millionen. Im siebenbürgischen Bezirk wurden vier Zivilisten getötet, Gewalttätigkeiten werden aus den Anstaltsgefängnissen gemeldet, wo die Rumänen Hiesigen, Kinder und Schwärme, wogegen Gleichzeitigkeit setzte unter dem Schutz der Rumänen eine reaktionäre Bewegung ein, infolge deren es zu Revolutionen gegen die Juden kam, wobei die in der südlichen Benja Academia befindlichen Studenten häufig geschlagen wurden. Auch aus Westungarn treffen beunruhigende Nachrichten über die Aufregung der dortigen Bauern durch die Segeberger Gegenregierung ein.

70 000 Rumänen in Budapest.

Zu den ursprünglich eingeplanten 30 000 Mann rumänischer Truppen kommen immer weitere Verstärkungen. Gegenwärtig stehen bereits an 70 000 Rumänen in und Budapest. Die Wiener Ententevertreter haben den mit ihnen in Verbindung stehenden ungarischen Rekruten nicht mehr...